

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden
Telefonnummer: 25541
Nur für Nachgelassene: Nr. 20011
Schlüsselnummer: Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - N. 1, Marienstraße 25/28

Preisgebühr vom 16. bis 21. Januar 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung bei Fund 1.70 RM.
Wochensatz für Monat Januar 5.40 RM. einl. 10 Bg. (ohne Postgebühren).
Einzelnummer 10 Bg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Schwart berechnet: die ein-
seitige 50 mm breite Zeile 25 Bg., für auswärts 40 Bg., Familienanzeigen und Stellengänge
ohne Rabatt 15 Bg., außerhalb 25 Bg., die 30 mm breite Zeile 200 Bg., außerhalb 250 Bg.,
Ergänzungsgebühr 20 Bg. Unvollständige Aufträge gegen Verzugsbesetzung

Druck u. Verlag: Meylich & Reichardt,
Dresden, Bahnhofs-Str. 100a Dresden
Nachdruck nur mit druckl. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte
Beilagen werden nicht aufbewahrt

Seekonferenz hinter verschlossenen Türen Ausschluß der Presse - Entrüstung bei den Amerikanern

Angeblich „wegen Raummangels“

London, 22. Januar. Der Sonderberichterstatter des „Daily Express“ hört von zuverlässiger Seite, daß in letzter Minute entschieden worden sei, für die Sitzungen der Flottenkonferenz im St.-James-Palast die Presse nicht zuzulassen. Als Grund für die überraschende Entscheidung, die auf amerikanischer Seite angesichts der Entsendung so zahlreicher Sonderberichterstatter größte Überraschung und Bestürzung hervorgerufen hat, wird der ungenügende Raum des Sitzungslokales angegeben. Mit heftigen Angriffen und Gegenüberstellung dieser Methode gegenüber der Öffentlichkeit der Genfer Verhandlungen ist auf amerikanischer Seite zu rechnen.

Das Echo der Eröffnungsitzung Zweifelhafte Beurteilung in Paris Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 22. Jan. Die französischen Morgenblätter, die in hochtönen Meldungen über die Eröffnungsitzung der Völkervereinigung konferenz berichten, sind sich in der Beurteilung der offiziellen Reden nicht einig. Das „Journal“ meint, daß man durch die vielen Vorbehalte und die nichtstimmigen Meinungsverschiedenheiten überrascht worden

sei. Der „Petit Parisien“ ist der Ansicht, daß die Reden verdient hätten, in einem anderen Augenblick gehört zu werden, damit die Tragweite, besonders der Ausführungen Macdonalds und Stimsons, klar und losgetrennt von der hindernden Umgebung zum Ausdruck gekommen wäre. Im „Echo de Paris“ erklärt Perlinax, daß das Ereignis der Konferenzöffnung besonders durch die Platzheit der gehaltenen Reden bemerkenswert gewesen sei.

Der Ausgangspunkt des französischen Programms bei den bevorstehenden Völkervereinigung Verhandlungen, den Frankreich ganz energisch verteidigen wird, ist nach der Darstellung des Außenpolitikers des „Echo de Paris“ die Durchführung des französischen Marinebauprogramms bis zum Jahre 1945. Diese beruht auf der

Voraussetzung, daß die französische Flotte so stark sein muß wie die deutsche und die italienische zusammen.

Doch würde die französische Delegation bereit sein, von diesem Programm abzuweichen, wenn eine Art Mittelmeer-Vocarno zustandkäme, d. h. wenn England im Rahmen seiner Völkervereinigung verpflichtungen versprechen würde, gegen jeden Angreifer im Mittelmeer den Status quo zu verteidigen. Für den Augenblick sei aber Macdonald auch nach dem, was er in seiner geistigen, hier wegen seiner allgemeinen Unbestimmtheit nicht sehr freundlich aufgenommenen Eröffnungsrede gesagt habe, zu keiner derartigen Verpflichtung bereit. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß die englische Regierung, wenn die Konferenz in ihrer weiteren Entwicklung nicht ihren Hoffnungen entsprechen sollte, aus innerpolitischen Gründen zu einem solchen Mittelmeer-Vocarno bereit sein werde.

ver für die Koalition wirken müssen. In dieser Entscheidung wird gefordert, daß vor allem Auslandsanleihen für die öffentliche Hand beschafft werden müssen, damit die Gemeinden wieder in der Lage wären, zu bauen und damit der Arbeitslosigkeit zu steuern. Ferner wird in dieser Erklärung gewünscht, die Reichsbahn und die Reichspost möge im Hinblick auf ihre im Haag erreichte Beteiligung an der Mobilisationsanleihe zur beschleunigten Ausgabebauung veranlaßt werden. Ferner soll das Reich sofort entsprechende Arbeiten in Angriff nehmen, und die Krisenfürsorge soll neu geregelt werden. Was bedeutet nun diese Erklärung?

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat sicherlich recht, daß sie so laut, als ob die Sozialdemokratie bereits in der Opposition stünde, denn eine Regierungspartei könne eigentlich eine so verantwortungslose Abenteuerpolitik nicht treiben, wie sie in den Forderungen der Sozialisten zum Ausdruck kommt.

Kein Wort findet sich darin von der notwendigen Sanierung der Haushalte des Reiches, der Länder und der Gemeinden, kein Wort von Steuererleichterungen, kein Wort von einer wirklichen Sanierung der Wirtschaft. Die Sozialdemokratie scheint sich entschlossen, die bisherige Politik unverändert durchzuführen. Sie denke nicht daran, aus dem Haager Programm die unvermeidlichen wirtschaftlichen Folgerungen zu ziehen, sondern fordere nach wie vor ausländische Anleihen, künstliche Auftragserteilung durch Reichsbahn und Reichspost und schließlich neue Mittel für die Erwerbslosenunterstützung.

Auch andere Blätter der Rechten schließen sich dieser vernichtenden Kritik an den sozialdemokratischen Beschläüssen von getreu an. Auch hier hat man also das Bild einer fortwährenden Isolierung der SPD.

In Erwartung drohender Parteikämpfe

Konflikte in den Koalitionsparteien Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Jan. Die morgen wieder beginnende Reichstagskammer mit ihren höchstwahrscheinlich sehr scharfen Kämpfen um Youngplan und Polenvertrag wirkt ihre Schatten bereits voraus. Daß die Koalition kein festes Block mehr ist, ist seit langem bekannt, und es lohnt sich nicht, darüber weiter zu reden. Inzwischen sind jedoch einige neuere Entwicklungen zu vermerken, die von weitreichenden Folgen für den Bestand der Reichsregierung im engeren und für den Bestand dieses Reichstags im weiteren Sinne sein können.

In einer nicht sehr leichten Lage befindet sich gegenüber dem Youngplan die Deutsche Volkspartei.

Ihre Minister waren es, die maßgeblichen Einfluß auf den Ablauf der Haager Verhandlungen genommen haben. Es wird sich nun zu erweisen haben, ob die Wählerkraft der Deutschen Volkspartei in ihrer Gesamtheit für diese Politik in haben sein wird oder nicht. Ein nicht besonders gutes Anzeichen ist die inzwischen bereits bekanntgewordene Tatsache, daß der Ortsverein Halle der Deutschen Volkspartei an die zuständigen Instanzen die

Forderung einer alsbaldigen Einberufung des Zentralvorstandes

der Partei gerichtet hat, und zwar wird in dieser Forderung ausgedrückt, daß der Zentralvorstand sich sofort mit der politischen Lage befassen soll und in Durchführung seines Beschlusses vom 26. Februar 1929 prüfen möge, unter welchen Voraussetzungen allenfalls eine weitere Mitarbeit der Deutschen Volkspartei im Reich und in Preußen erfolgen dürfte. Der politische Sinn dieses Schrittes besteht zweifellos darin, daß man auf einer Zentralvorstandssitzung der Unzufriedenheit über die Politik der volksparteilichen Minister Ausdruck zu geben plant.

Die zuständigen Stellen der Partei

scheinen aber auf dieses Ersuchen nicht eingehen zu wollen, denn es verlangt aus volksparteilichen Kreisen, eine Einberufung des Zentralvorstandes sei einstweilen nicht vorzuziehen, da der Zentralvorstand erst im vergangenen Dezember getagt habe und außerdem der Vorsitzende des Zentralvorstandes, Dr. Scholz, sich auf einem Erholungsurlaub befindet.

Eine nicht minder wichtige Frage für den Bestand des Reichstags ist

ob das Zentrum die Politik des Reichskabinetts billigt und weiterhin insbesondere mit der Sozialdemokratie zusammenzumarschieren wünscht. Wir weisen bereits darauf hin, daß man im Zentrum entschlossen ist, die geschäftliche Hilfe der Sozialdemokratie, die immer neue Blüten trägt, keinesfalls mitzumachen. Das kommt auch heute wieder in der „Germania“ ganz offen zum Ausdruck, wo gesagt wird, daß in der Schwach-Angelegenheit Fehler auf beiden Seiten gemacht worden seien, aber daß diese Fehler da seien, um beseitigt zu werden, und nicht um den Raum zu bereichern, der nur nach bestem Willen seine Pflicht zu tun glosche. Schwere wiegend ist weiter die Tatsache, daß sich das Zentrum auf die Forderung festgelegt hat, daß die Saarfrage in demselben Sinne gelöst

sein müsse, ehe eine Zustimmung zum Youngplan in Frage käme. Selbst wenn man annimmt, daß solche parteipolitische Forderungen im allgemeinen nicht von sehr langer Dauer sind, so muß auf der anderen Seite gerade doch die Zentrumspartei auf ihre Wähler, besonders auch im Rheinlande, Rücksicht nehmen. Nun scheint es aber, als ob man den Gedanken einer gleichzeitigen Erledigung von Youngplan und Saarfrage in der Weimarerstraße bereits zu Grab getragen hat. Es wäre wünschenswert, wenn der Reichsaussenminister Dr. Curtius bald Gelegenheit nähme, dieses Problem öffentlich zu erörtern. Es scheint nämlich, daß der französische Außenminister Briand in seiner einzigen privaten Unterredung, die im Haag über die Saarfrage stattgefunden hat, Dr. Curtius hat wissen lassen, daß die von Deutschland gewünschte schnelle Lösung auch der Saarfrage aussichtslos erscheine.

Ferner ist auch die Stellung der Zentrumspartei zum Polenvertrag für den Bestand des Reichskabinetts nicht ohne Schwierigkeiten. Wie erneut in führenden Zentrumskreisen verächtelt wird, lehnt die Zentrumspartei in ihrer Mehrheit das polnische Liquidationsabkommen ab. Es wird also damit gerechnet werden müssen, daß wenigstens im zeitlichen Zusammenhang mit der parlamentarischen Erledigung des Youngplans

das Polenabkommen nicht angenommen werden wird.

Inwieweit die Sozialdemokratie sich diesen Koalitionsrücksichten beugen kann, ist dabei eine andere Frage.

Die Beziehungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie sind überhaupt in der letzten Zeit nicht sehr freundlich gewesen.

Bekanntlich hat der Reichsarbeitsminister Wissell am 18. d. M. in einer Urkunde in einem Urteilsblatt seiner Meinung über den § 218 des Reichsstrafgesetzbuchs (Abtreibung) in einer Art und Weise Ausdruck gegeben, die in den christlich-konservativen Kreisen der Zentrumspartei große Verstimmung hervorgerufen hat.

Herr Wissell bekennt sich nämlich ohne Umschweife für die Enttarnung des besagten Paragraphen, ein Gedanke, der für die Zentrumspartei nicht diskutabel ist. Man hat vom Zentrum aus dann den Reichsarbeitsminister Wissell angeklagt, und der Abg. Brünning richtete in der gleichen Angelegenheit ein Beschwerde schreiben an den Reichskanzler Müller. Heute wird nun die Antwort des Reichskanzlers veröffentlicht, die in der Tat für die sozialdemokratischen Kreise recht weinlich sein muß. Das wichtige dabei ist, daß der Reichskanzler feststellt, Herr Wissell habe in seiner Stellungnahme nicht als Reichsarbeitsminister gesprochen, sondern nur seine private Meinung geäußert. Es bleibt abzuwarten, ob man sich im Zentrum bei dieser ausweichenden Erklärung beruhigt.

Schließlich wäre noch ein Wort über die sozialdemokratische Partei zu sagen. Die sozialdemokratische Presse führt seit Tagen und Wochen einen erbitterten Kampf gegen Dr. Schacht, muß allerdings langsam erkennen, daß sie in diesem Kampfe ziemlich allein steht. Nun haben gestern die Vorstände der Spitzenkörperchaften der Sozialdemokratischen Partei getagt und erneut Entschlüsse gefaßt, die als Sprengpul-

Die Haager Abordnung berichtet dem Reichskabinett

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Jan. Wie angekündigt, ist heute vormittag das Reichskabinett unter Vorsitz des Reichskanzlers Hermann Müller zusammengetreten, um das Ergebnis der Haager Konferenz zu beraten. Reichsaussenminister Dr. Curtius referierte über die Gesamtverhandlungen, während der Minister Wirth und Woldenhaner zu der Frage der Sanierungsregelung und der in den letzten Tagen vereinbarten Anleihe sprachen. In Kreisen der Reichsregierung sei man besonders erregt über die Rede, die der bayerische Ministerpräsident Dr. Heß vor einigen Tagen auf einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei gehalten hat. Es ist anzunehmen, daß Reichsaussenminister Dr. Curtius morgen vor der Presse zu den Angriffen Dr. Heßs Stellung nehmen wird.



Plätze Nr. 1-4, 9-10
Deutsche-Press-Photo-Zentrale
Amerikas Botschafter Schurman verläßt Deutschland
Abreise auf dem letzten Bahnhof in Berlin. Der Botschafter verabschiedet sich von den Diplomaten und anwesenden Ministern